

GES

Die Oberstufe auslagern, um Ausländer zu integrieren

Macht es Sinn, Klassen mit vielen fremdsprachigen Kindern in eine Gemeinde auszulagern, in der weniger Ausländer leben? Im aargauischen Neuenhof erhitzt diese Frage die Gemüter.

Von Helene Arnet

Neuenhof. - Auf den ersten Blick scheint der Vorschlag der Aargauer Bildungsdirektion plausibel: Die Oberstufe von Neuenhof soll nach Baden ausgelagert werden. Man möchte damit eine bessere Durchmischung der Klassen erreichen, denn in der Limmattaler Gemeinde Neuenhof sind 62 Prozent der Volksschülerinnen und -schüler fremdsprachig. Der grösste Anteil im ganzen Kanton. In Baden sind es unter dreissig Prozent. Zum Vergleich: Im Kanton Zürich hat Schlieren, ebenfalls im Limmattal gelegen, mit 57 Prozent den grössten Anteil an fremdsprachigen Kindern.

Die Standortfrage steht im Zusammenhang mit der Neuorganisation des Aargauer Schulsystems (Bildungskleeblatt). Ab 2010 soll der Übertritt in die Oberstufe wie in Zürich erst nach sechs statt wie bisher nach fünf Jahren stattfinden. Die damit verbundene Abnahme an Oberstufenklassen führt dazu, dass eine ganze Anzahl von Gemeinden zu wenig Schülerinnen und Schüler haben werden, um im Alleingang eine Oberstufe zu führen. Neuenhof mit seinen fast 8000 Einwohnern hat auf jeden Fall die Grösse, künftig noch einen Teilstandort zu bilden.

Für Schulpflege «inakzeptabel»

Die Idee der Bildungsdirektion mag vielleicht spontan einleuchten. In Neuenhof aber ist sie stark umstritten. Die Schulpflege bezeichnet sie als «inakzeptabel». Auch haben rund 300 Personen einen Brief an den Gemeinderat unterzeichnet, in dem sie sich gegen ein «amputiertes Schulgefüge» wehren, das Neuenhof als Wohngemeinde für Familien unattraktiv mache. Schulleiter Ueli Zulauf begründet: «Die Integration findet vor allem im Kindergarten- und Primarschulalter statt. Darum ist der Vorschlag, die Oberstufe auszulagern, nicht zu Ende gedacht. Wir haben an unserer Schule ein grosses Knowhow aufgebaut, doch brauchen wir vom Kanton Unterstützung in Form von kleineren Klassen und Tagesstrukturen.» Im Oberstufenalter aber sei es wichtig, dass sich die Jugendlichen möglichst in der Gemeinde aufhalten, wo sie sozialisiert sind und auch beaufsichtigt werden können.

Zulauf erwähnt die grössere Ablenkung in Baden und «voraussehbare Probleme im Schulbus, wenn über 200 Jugendliche nach Baden transportiert werden». Dazu kämen die Kosten, die der Gemeinde durch die Auslagerung entstehen würden. Der Schulleiter geht von jährlich über 9000 Franken pro Sekundarschüler aus. Bewusst provokativ fügt er hinzu: «Wenn es der Bildungsdirektion mit der Durchmischung ernst wäre, müssten wir nicht nur unsere Schüler nach Baden schicken, sondern die Badener ihre auch nach Neuenhof.» Er erinnert an einen Versuch, den man vor 40 Jahren in den USA gemacht hat, als man mit Bustransporten (busing) die Durchmischung von schwarzen und weissen Kindern anstrebte. Er ist gescheitert, weil die reicheren weissen Eltern daraufhin ihre Kinder einfach in Privatschulen geschickt haben.

Baden würde sich bereit erklären

«Da werden sich die Badener freuen», heisst es in dem Brief der dreihundert, die sich explizit gegen die Auslagerung wehren. Badens Schulpräsident Geri Müller (team), der für die Grünen im

Nationalrat sitzt, sagt dazu: «Baden würde dem allfälligen Wunsch aus Neuenhof, die **Oberstufen** zusammenzuführen, nicht im Wege stehen wollen.» Er zollt den Neuenhofer Lehrerinnen und Lehrern in Bezug auf ihre Integrationsleistungen Hochachtung, gibt aber auch zu bedenken: «Eine grössere Schule kann ein breiteres Angebot bieten als eine kleinere.» Und Baden sei mit seiner Vielfalt für Jugendliche attraktiv.

Neuenhofs Gemeindeammann Walter Benz (CVP) versucht die Wogen möglichst zu glätten: «Es ist zu früh, um sich zu diesem Vorschlag bereits eine feste Meinung zu bilden.» Am kommenden Dienstag werde man mit der Bildungsdirektion zusammensitzen - «und wir werden viele Fragen stellen.» Es gehe darum, die Vor- und Nachteile der verschiedenen Szenarien gegeneinander abzuwägen. «Varianten sind eine gemeinsame Oberstufe mit einer Nachbargemeinde, neben Baden sollte dabei auch die Variante mit Wettingen abgeklärt werden. Auch Mischformen sind denkbar. Oder weiterhin eine eigene Oberstufe in der Gemeinde.»

In Zürich bewusst keine Auslagerung

Im Kanton Zürich hat man «bewusst darauf verzichtet», Schulen in andere Gemeinden auszulagern, um eine bessere Durchmischung zu erhalten, sagt Martin Wendelspiess, Leiter des Volksschulamtes. Vereinzelt gebe es Austausch unter Schulhäusern derselben Gemeinde. Gemeinden mit hohem Anteil an Fremdsprachigen werden mit darauf zugeschnittenen Projekten (z. B. Quims - Qualität in multikulturellen Schulen) und über Förderungsmassnahmen entsprechend dem Sozialindex unterstützt. Entsprechendes sieht die Aargauer Schulreform ebenfalls vor. So soll die Zuweisung der Lehrpensen unter Berücksichtigung sozialer und wirtschaftlicher Faktoren geregelt werden.